

Caritas und das LRK sammeln für den Südsudan

Spendenaktion Dank der grosszügigen Spenden der liechtensteinischen Gemeinden aus dem Katastrophenfonds und der Fürstlichen Regierung von je CHF 100 000 an beide Organisationen sowie den Spenden der liechtensteinischen Bevölkerung anlässlich des gemeinsamen Aufrufes, können die Caritas Liechtenstein mit bisher CHF 115 000 und das Liechtensteinische Rote Kreuz (LRK) mit bisher CHF 18 000 folgende Not-Projekte im Südsudan unterstützen:

Caritas Liechtenstein

- **Baby Feeding Center** in Nyarjwa: Im Baby Feeding Center erhalten 300 bis 400 Babys und Kleinkinder drei Mal pro Woche Babynahrung sowie Reis, Bohnen und Gemüse. Familien werden dadurch entlastet.

- **Nothilfe** im Flüchtlingslager Mahad, Juba: In diesem Lager leben Binnenflüchtlinge, Neuankömmlinge aus den ländlichen Gebieten kommen ständig dazu. Ebenfalls werden hier die geflüchteten Menschen mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln wie Maismehl, Bohnen und Öl versorgt.

- **Nahrungsmittelverteilung** der Diözese Rumbek: Aufgrund der aktuellen Hungerkrise führt die Diözese Rumbek eine Nahrungsmittelverteilung für die schutzbedürftigsten Menschen in fünf ihrer Pfarreien durch. Ein Lebensmittelpaket, welches aus Mais, Bohnen, Sorghum, Salz und Öl besteht, kostet umgerechnet 12 Euro und reicht, um einen Menschen einen Monat lang zu ernähren.

- Caritas Liechtensteins Partner ist die Caritas Steiermark, welche mit zwei Partnerorganisationen im Südsudan zusammenarbeitet, mit der Diözese Rumbek und der St. Vincent de Paul Society South Sudan in Juba. Mit beiden Partnern besteht schon eine mehrjährige Zusammenarbeit. Ohne diese könnte die humanitäre Hilfe vor Ort nicht umgesetzt werden.

Rotes Kreuz

- Das LRK unterstützt mit seinen Spenden das IKRK, welches vor Ort mit dem Sudanesischen Roten Kreuz zusammenarbeitet. Sie transportieren einerseits Beleg-



In Ostafrika leiden die Menschen an den Folgen einer katastrophalen Dürre. Mehr als 16 Millionen leiden Hunger, darunter natürlich viele Kinder
Bild: Helmut Fohringer/APA

schaft und Hilfslieferungen sowohl auf dem Luft- als auch auf dem Landweg, um auch die vielen Menschen in abgelegenen und nur schwer zugänglichen Gebieten zu erreichen. Andererseits helfen sie der Bevölkerung, besser mit den Auswirkungen der erlebten Gewalt umzugehen.

- Sie verteilen Lebensmittel an 330 000 Menschen (55 000 Haushalte) sowie Grundgüter an 138 000 Menschen (23 000 Haushalte). In Jonglei, dem flächenmässig grössten Bundesstaat im Südsudan, werden benötigte Lebensmittelpakete für 240 000

Menschen mit dem Fallschirm abgeworfen.

- Es wird weiterhin daran gearbeitet, 390 000 Bewohnern und im 2017 intern Vertriebenen Zugang zu sauberem Wasser zu ermöglichen, kranken und verwundeten Menschen Zugang zu elementarer medizinischer Versorgung zu ermöglichen und die Hygienebedingungen zu verbessern.

Spenden

Die Not im Südsudan ist unverändert gross. Weitere Spenden nehmen beide Organisationen nach wie vor gerne entgegen. (pd)

Parteienbühne

Ein attraktiver und sicherer Alpenrhein

Die Freie Liste hat unlängst Andi Götz von der Werkstatt Faire Zukunft zu einem öffentlichen Referat über die Rheinaufweitungen eingeladen. Die Idee, jetzt mit einer ersten Aufweitung auf der Liechtensteiner Strecke des Rheins loszulegen, hat die Anwesenden überzeugt.

Eine gut geplante Aufweitung oberhalb der Eschner Au bringt Vorteile für alle. Die Landschaft wird hier märchenhaft aussehen, mit einem über 300 Meter breiten Rhein. Der Fluss wird sich verzweigen und lauschige Plätze für Erholungssuchende und Badende bieten. An der Thur beispielsweise sind solche Szenarien schon seit Langem Realität und werden von der Bevölkerung begeistert aufgenommen.

Wer von Standortmarketing redet, wird über solch wunderschöne Orte erfreut sein. Aber auch die Sicherheit wird verbessert. Die Aufweitung wird nicht nur mehr Platz für den Fluss schaffen, sondern an ihren Rändern gibt es neue Dämme. Die-

se erstellt man nach heutigem Stand des Wissens und sie sind bedeutend sicherer als die jetzigen, weit über 100 Jahre alten Rheinwuhre. Die Aufweitungen bieten also mehr Sicherheit als heute, nicht weniger.

Natürlich bieten solche Stellen auch der Natur ein grosses Plus. Heute ist der Rhein ein weitgehend lebloser Kanal, die Fischarmut ist himmelschreiend, auch andere Lebensräume wurden durch die rigorose Kanalisierung zerstört. Sie können wenigstens auf einer kleinen Strecke wiederhergestellt werden. Diese renaturierte Stelle wird auch einen wichtigen Wildwechsel über den Rhein darstellen. Ausserdem ist sie als «Trittstein» zwischen naturnahen Gebieten weiter oben und weiter unten wichtig. Eine Aufweitung in Maiefeld/Bad Ragaz ist bereits sehr konkret geplant; aber auch unterhalb von Liechtenstein wird es in naher Zukunft teils sehr bedeutende Aufweitungen geben – diejenige an der Frutzmündung wird 395 Meter breit.

In Liechtenstein braucht es ohnehin Sanierungsmassnahmen für die alten Dämme, die Regierung rechnet mit Kosten von 50 Mio. Franken in den nächsten 20 Jahren. Da wäre es eine verpasste Chance, wenn man nicht auch die vorgesehene Rheinaufweitungen realisieren würde.

Was besonders überzeugt: Eine Variante «Eschner Au Süd» braucht keinen Quadratmeter Landwirtschaftsland. Sie kann ungefähr zur Hälfte in der Schweiz und zur Hälfte in Liechtenstein realisiert werden. Damit werden auch Altlasten-Probleme umgangen, die an der ursprünglich vorgesehenen Aufweitungsstelle weiter unten am Rhein aufgetreten wären.

Mit diesen neuesten Erkenntnissen gibt es mit einer Aufweitung Eschner Au nur Gewinner. Deshalb soll die Planung jetzt angepackt werden.

Eine Stellungnahme des Vorstands der Freien Liste: Pepo Frick, Conny Büchel Brühwiler, René Hasler, Barbara Jehle, Ecki Herrmann

Forum

Zur Biberthematik

Seit Beginn der wieder neu entfalteten Biberthematik Anfang dieses Jahres verfolgt auch der Tierschutzverein Liechtenstein die Entwicklungen und Diskussionen zu diesem Thema. Er ist sich einig, dass unser Land mit seinem sehr begrenzten und deshalb dichten Siedlungsgebiet zu klein ist für eine unbegrenzte Anzahl von Bibern. Wie schon mehrmals in Stellungnahmen und Leserbriefen erwähnt, ergibt sich mit den vielen Rufe-, Lawinen- und Hochwasser-schutzanlagen in unserem «kleinen» Land eine einzigartige Situation, die es kaum anderswo gibt. Um Menschenleben und deren Infrastrukturen zu schützen, braucht es diese Anlagen. Um zu verhindern, dass Biber Schäden an diesen Schutzanlagen anrichten, ist es unumgänglich, diese an diesen Orten abzufangen und gegebenenfalls zu töten. Doch der Tierschutzverein Liechtenstein

stellt sich die Frage, ob es ethisch ist, Biberweibchen, die jetzt Junge in sich tragen und diese Ende April/Anfang Mai zur Welt bringen, zu töten!? In der Falle kann man nicht erkennen, ob es sich um ein Weibchen handelt, da Biber keine äusseren Geschlechtsmerkmale tragen. Ausserdem stellt sich die Frage, wie lange die Biber fallen noch im Einsatz sind? Denn auch noch nach der Geburt der Jungen sind diese sehr lange auf ihre Mutter angewiesen und würden qualvoll verenden, wenn diese nach dem Fang in einer Falle getötet werden würde! Aus tierschützerischer Sicht ist das völlig inakzeptabel!

Der Tierschutzverein Liechtenstein ist der Meinung, dass ein Konzept für ein Bibermanagement längst überfällig gewesen wäre. Um Schäden durch den Biber zu verhindern reicht es nicht, immer wieder welche zu fangen und zu töten. Es reicht auch nicht, die bestehen-

den Schutzanlagen bibersicher zu machen und dann das Gefühl zu haben, das Problem sei behoben. Der Biber ist eines der anpassungsfähigsten Tiere der Welt und findet immer wieder Möglichkeiten um sein Ziel, ein eigenes Revier zu gründen, zu erreichen. Hier müssen die zuständigen Behörden immer wieder neu agieren, wo Probleme auftauchen. Ausserdem gibt es durch die Tötung von Bibern wieder Platz, der andere Biber anzieht, die dann das Revier beerben wollen. Also ist die Praktik mit der Tötung der Biber nur ein Rattenschwanz und zeigt auf, dass es ohne Bibermanagement nicht geht und die zuständigen Behörden sich immer wieder aufs Neue durch die vom Biber verursachten Probleme einstellen und dementsprechende Schutzmassnahmen in Auftrag geben müssen.

Eine Stellungnahme des Tierschutzvereins Liechtenstein

NEU IN ST. GALLEN



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up, warum wir in St. Gallen neu mit einem lokal verankerten Team für Sie da sind.»
(www.reichmuthco.ch)

Adrian Bischofberger

PRIVATBANKIERS

REICHMUTH & CO
INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

LUZERN RÜTLIGASSE 1 041 249 49 49
ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 044 299 49 49
ST. GALLEN SCHMIEDGASSE 28 071 226 53 53

Polizeimeldungen

Kanton St. Gallen: Unter Alkohol- und Drogeneinfluss
In der Zeit zwischen Donnerstag und Freitag, 21. April, hat die Kantonspolizei St. Gallen sechs fahrunfähige Lenker aus dem Verkehr gezogen. In Widnau ist Grenzwächtern ein Auto aufgefallen, dessen Fahrer sich auffallend verhielt. Bei einer anschliessenden Kontrolle wurde festgestellt, dass der 21-jährige Autofahrer ohne gültigen Führerausweis und unter Drogeneinfluss unterwegs war. Er musste eine Urin- und eine Blutprobe abgeben.

Auf der Autobahn A13, Höhe St. Margrethen, wurde ein Patrouillenauto der Kantonspolizei im Baustellenbereich von einem Auto mit überhöhter Geschwindigkeit überholt. Der Lenker

überfuhr die orange Sicherheitslinie mit allen vier Rädern. Der 30-jährige Autofahrer war alkoholisiert unterwegs, ihm wurde die Weiterfahrt untersagt.

In Buchs wurde ein 24-jähriger Autofahrer kontrolliert. Ein durchgeführter Drogenschnelltest fiel positiv aus. In Oberbüren stand ein 28-jähriger Lieferwagenfahrer sowie in Balgach ein 36-jähriger Autolenker unter Drogeneinfluss. Alle drei Autofahrer mussten eine Urin- und eine Blutprobe sowie ihre Führerausweise abgeben.

In Rorschach wurde ein 66-jähriger Autofahrer angehalten. Die bei ihm durchgeführte Atemalkoholprobe fiel positiv aus. Die Weiterfahrt wurde dem 66-jährigen untersagt. (kapsog)

Mieter aufgepasst!

Das neue Energiegesetz fordert praktisch eine Halbierung des Energieverbrauchs. Dies wird nur mit staatlicher Umerziehung, Lenkungsmaßnahmen, teureren Energiepreisen und neuen Vorschriften möglich sein.

Haben wir bald...

...noch höhere Mieten?

...noch teurere Nebenkostenabrechnungen?

...einen Zwang für behördlich installierte Spione (sogenannte Smart Meter), die unseren Energiekonsum kontrollieren, steuern und lenken?

...eine staatlich verordnete Heizgrenze von 18 Grad in unserem Zuhause?

...Waschkontingente (nur einmal pro Monat waschen)?

Abstimmung vom 21. Mai 2017

www.energiegesetz-nein.ch

Energiegesetz

NEIN

Überparteiliches Komitee gegen das Energiegesetz, Postfach, 3001 Bern
Danke für Ihre Spende für dieses Inserat: PC 31-604614-3